



5-Punkte-Vorschlag zu den Plänen von EU-Agrarkommissar Hansen

Pragmatismus und Vereinfachungen bei der GAP: weitere Schritte jetzt!

Präsidium des Bayerischen Bauernverbandes

Zum Start der Grünen Woche in Berlin hat der neue EU-Agrarkommissar Christophe Hansen ein weiteres Vereinfachungspaket für die Landwirtschaftsbetriebe sowie viel mehr Pragmatismus in der EU-Agrarpolitik (GAP) angekündigt. Die EU-Kommission will insgesamt einen deutlichen Abbau von Dokumentations- und Nachweispflichten sowie Kontrollbürokratie anpacken.

Die Mitglieder des Präsidiums des Bayerischen Bauernverbandes machen deshalb im Rahmen der EU-Agrarpolitik konkrete Vorschläge, die EU-Agrarkommissar Hansen in sein Vereinfachungspaket aufnehmen und umsetzen soll. In Bezug auf eine pragmatische Politik fordern sie zudem Sofortmaßnahmen. Hier der **5-Punkte-Vorschlagskatalog**:

- 1. Sofortiges Auflagen- und Bürokratiemoratorium**
Bäuerinnen und Bauern erfahren so im ohnehin anstrengenden Alltag Entlastung. Die EU muss der Ausbildung und Qualifikation der Landwirte noch mehr Vertrauen gewähren.
- 2. Kein Strukturbruch für den Ökolandbau in Süddeutschland: EU-Kommission muss klarstellen, dass Betriebe ohne vollumfängliche Weidehaltung Ökobetriebe bleiben.**
Ohne eine rasche Korrektur der EU-Auslegung wird der Ausbau des Ökolandbaus in Bayern um mehr als Jahrzehnt zurückgeworfen. Manche Pioniere der Biolandwirtschaft würden ohne Not zum Ausstieg gezwungen.
- 3. Konditionalität: Einführung einer Stichtagsregelung (z.B. 1.1.2021), so dass Ackerland dauerhaft den Ackerstatus behält, sowie bei GLÖZ 5 Wiedereinführung der Optionalität für den Faktor „Regenerosivität“ (R-Faktor).**
Damit wird 5-Jahresdefinition für Dauergrünland überflüssig und gleichzeitig Bürokratie massiv weniger. Und das ohne jeglichen Rückgang des Dauergrünlands. Damit wird die zu komplizierte Regelung des GLÖZ 5 praxistauglicher.
- 4. Soziale Konditionalität in der GAP: Überprüfung, ob es diese ab 2025 zusätzlich geltende Regelung im Rahmen der GAP überhaupt braucht. Soziales ist eine hoheitliche Aufgabe in den Mitgliedstaaten und dort bereits geregelt.**
Subsidiarität wird so stärker umgesetzt und Doppelregelungen werden vermieden, ohne soziale Standards zu gefährden.
- 5. Eigenverantwortung stärken: Verstärkung und Ausbau von Toleranz-regelungen und Bagatellgrenzen um unverhältnismäßige Sanktionen zu vermeiden.**
Unverhältnismäßige Sanktionen kann die EU-Kommission so vermeiden.
